

Operation Zapfenstreich

Das Verhältnis zwischen Ursula von der Leyen und der Bundeswehr ist zerrüttet. Nun setzt sich die militärische Führung sogar dafür ein, dass die CDU-Politikerin das Amt nach der Wahl nicht erneut übernimmt

Am Donnerstag ist es wieder so weit. Landesweit hissen die Bundesbehörden ihre schwarz-rot-goldenen Flaggen. In Berlin lädt die Bundesregierung zu einer Feierstunde in die Gedenkstätte Plötzensee. Kränze werden niedergelegt, Innenminister a. D. Gerhart Baum hält eine Rede. Deutschland erinnert sich an die Operation Walküre, das Attentat auf Adolf Hitler vor 73 Jahren. Die Wehrmachtssoldaten um Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg sind am 20. Juli 1944 mit ihrem Staatsstreich gescheitert. Sie wurden hingerichtet. Ihr Widerstand gegen die Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten aber begründete eine Traditionslinie, auf die sich deutsche Soldaten bis heute berufen.

VON THORSTEN JUNGHOLT

In der Bundeswehr spielt das Gedenken daran gewöhnlich nur im Unterricht zur politischen Bildung eine Rolle. In diesem Jahr aber ist das anders. Ob in der Generalität, beim Offiziersnachwuchs an der Führungsakademie oder unter den im Land verstreuten Bataillonskommandeuren, überall wird seit Monaten lebhaft über die Werte des 20. Juli diskutiert – und was sie für einen Offizier in der Armee eines demokratischen Rechtsstaats bedeuten. Dabei geht es nicht um eine neue Operation Walküre, natürlich nicht. Es geht um die Frage nach den Grenzen des Gehorsams für einen Staatsbürger in Uniform. Um die Abwägung zwischen den im Soldatengesetz normierten Pflichten. Das schreibt einerseits Loyalität gegen-

litärischer Verantwortung in der Welt, von Nahost bis Afrika. Nicht alles hat sie allein durchgesetzt, vieles war Reaktion auf die krisenhafte Sicherheitslage rund um Europa, folgte Wünschen der Bündnispartner oder wurde von der Regierung insgesamt beschlossen. Und bei so mancher „Trendwende“ wird sich erst in Zukunft erweisen, ob den Versprechen auch Taten folgen. Dennoch sind ihr diese Leistungen zuzurechnen.

Auch den skandalumwitterten Rüstungssektor suchte von der Leyen zu reformieren. Die von ihr eingestellte Staatssekretärin Katrin Suder, eine ehemalige McKinsey-Beraterin, hat eine ganze Reihe von Verwaltungsprozessen neu geordnet. An ihr lässt sich gut beschreiben, was von der Leyen fehlt. Suder mutete ihrem nachgeordneten Bereich viel Veränderung zu. Aber sie tat es auf eine motivierende Art, sie nahm ihre Leute mit. Und sie versuchte, die Truppe zu verstehen, sich in ihre Befindlichkeiten zu versetzen. Die große Mehrheit der Mitarbeiter nimmt Suder ab, dass es ihr um die Sache geht.

Das ist der Unterschied zur Ministerin. Die hat der Truppe reichlich Anschauung dafür geliefert, dass sie sich in krisenhaften Lagen nicht zuerst fragt, was sie für die Bundeswehr tun kann. Sie fragt zunächst, was sie für sich selbst tun kann. Exemplarisch dafür steht ein Vorfall in Stetten am kalten Markt. Am Tag der Bundeswehr präsentierte sich die Truppe den Bürgern. Anschließend verbreiteten „Friedensaktivisten“ Fotos, die das Sturmgewehr G36 und eine P8-Pistole in den Händen von Kindern zeigten. Die Ministerin witterte einen aufziehenden Skandal, den sie umgehend einzudämmen suchte. Es sei ein Fehler pas-

bar wurden die so geschaffenen internen Spannungen dann durch die Fälle Pfullendorf und Franco A. Zunächst nutzte die Ministerin den Beschwerdebrief einer Soldatin über Schikanen und Mobbing in der Sanitätsausbildung in der Kaserne Pfullendorf, um den Widerstand in der Truppe gegen ihr Projekt für mehr „Chancengerechtigkeit, Vielfalt und Inklusion“ zu brechen. Die Vorwürfe der Frau Leutnant wurden ebenso an die Medien durchgestochen wie die von der Ministerin in der Folge angeordneten Strafaktionen für den Standortkommandeur, den Chefausbilder des Heeres und den Referatsleiter Innere Führung im Ministerium. Strafrechtlich relevante Vorwürfe oder Disziplinarverfahren gibt es bis heute nicht, für die Soldaten blieb nur die Erkenntnis: Wenn die Ministerin ihre Interessen durchsetzen will, rollen notfalls auch Köpfe.

Für den Gipfel der Eskalation zwischen der obersten Dienstherrin und den Streitkräften sorgte schließlich der Fall des Oberleutnants Franco A., dem die Planung einer staatsgefährdenden Gewalttat aus rechtsradikalen Motiven vorgeworfen wird. Von der Leyen verknüpfte den Einzelfall des Oberleutnants mit dem Einzelfall aus Pfullendorf, um der Bundeswehr insgesamt ein „Haltungs- und Führungsproblem“ zu unterstellen. Auf Drängen des Generalinspektors entschuldigte sie sich für diesen Generalverdacht, um anschließend wiederum pauschal historischen Exorzismus zu betreiben: Erst wurden sämtliche Kasernen nach Wehrmachtsandenken durchsucht, nun soll im Eilverfahren noch in dieser Legislatur die Tradition der Bundeswehr neu definiert werden.



Allein gegen die Truppe? Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen spricht zu den Soldaten der Generalfeldmarschall-Rommel-Kaserne in Augustdorf

über der politischen Führung vor. Es verpflichtet andererseits auch zu Kameradschaft, Wahrhaftigkeit und Fürsorge gegenüber den Untergebenen. Vor allem die Generale und Admirale sehen sich vor die Frage gestellt: Sollen wir öffentlich das Wort erheben gegen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen?

Denn es gärt in der Truppe. Die große Mehrheit der Soldaten wünscht sich von der militärischen Führung den Mut zum Widerspruch. Es geht um verletzten Stolz, um Ehre und Würde. Um eine Verteidigungsministerin, die ihre Soldaten nicht versteht. Deren Entscheidungen das innere Gefüge der Streitkräfte beschädigen. Die keinen Zugang gefunden hat zum Wesen des Militärs und seinem Auftrag, der da lautet: Kämpfen können. Töten können. Und als höchsten Einsatz bereit sein, für die Bundesrepublik im Gefecht getötet zu werden.

Doch die Anführer der Soldaten schweigen. Zu Wort melden sich Offiziere im Ruhestand und Reservisten. Zu Wort meldet sich der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, der den 200.000 Mitgliedern der Interessenvertretung eine Stimme gibt und der Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt bescheinigt, eine „Vertrauenskrise“ heraufbeschworen und den „Geist der Truppe“ beschädigt zu haben. Dass er damit nicht falsch liegt, belegt ein Video, das im Januar 2015 beim Internetportal YouTube eingestellt wurde. Es zeigt die Abschiedsrede von Generalmajor Christian Trull vor der 14. Panzergrenadierdivision aus dem Jahr 2005. Anfangs interessierte der Film niemanden. Doch seit Anfang 2016 steigen die Abrufzahlen exponentiell. Soldaten begannen, sich den Film per Mobiltelefon gegenseitig zuzuschicken. 120.000 Mal wurde er mittlerweile aufgerufen.

Trull galt in seiner aktiven Dienstzeit als General, der keine Angst vor Fürstenthronen kannte. Militärische Führer, so sagt er in seiner Abschiedsrede, dürften „nicht an jener Schwatzhaftigkeit und Beliebigkeit teilhaben, die so weit verbreitet ist“. Loyalität sei keine Frage der Unterwürfigkeit, sondern eines freien Gehorsams. Und Streitkräfte seien mehr als Organigramme und Module, mehr als die Summe des Etats oder die Zahl von Waffensystemen. Sie seien „ein lebendiger Organismus, der unsere Werte lebt, aus unserer Tradition Kraft zieht und im Zusammenhalt und Vertrauen untereinander die Fähigkeit zum Gefecht gewinnt“.

Es gibt eine ganze Reihe von aktiven Sterne-Generalen, die anerkennen, dass die CDU-Politikerin von der Leyen den Etat und die Zahl der Waffen gesteigert hat. Sie sehen aber auch, dass sie den Organismus Bundeswehr beschädigt. Der Unterschied zu Trull: Sie stehen nicht vor ihrem Abschied. Und sie wissen, dass offener Protest gegen diese politische Führung beruflicher Selbstmord wäre. Weil die hohen Militärs wie politische Beamte jederzeit ohne Begründung in den Ruhestand versetzt werden können. Manch einer mag auch zu dem Schluss gekommen sein, dass seine Loyalität nicht nur der Ministerin gilt, sondern der gesamten Bundesregierung. Und dass in ein paar Wochen ohnehin Bundestagswahlen sind.

Nur: Wer weiß, ob Ursula von der Leyen nach der Wahl nicht wieder Verteidigungsministerin wird? Wie, so lautet die Überlegung in Teilen des Offizierskorps rund um den 20. Juli 2017, lässt sich das verhindern? Die Antwort: durch militärische Beratung. Durch eine interne Lagebeschreibung für die Bundeskanzlerin, den CDU-Fraktionschef, den CDU-Generalsekretär, den CSU-

Vorsitzenden, einflussreiche Abgeordnete. Deren Ohr zu bekommen, ihnen zu erklären, dass ein ehrenvoller Abschied für die Ministerin auch im Falle eines Wahlerfolgs der Union für alle Seiten die beste Lösung sein könnte, das ist die Mission. Leiser, subversiver Widerstand statt lauter Protest, so lässt sich die Operation Zapfenstreich zusammenfassen.

Für einen Staatsbürger ohne Uniform ist es nicht leicht zu begreifen, wie die innere Lage in den Streitkräften derart eskalieren konnte.

Denn als Ursula von der Leyen im Dezember 2013 ihr Büro im Berliner Bendlerblock bezog, war die Stimmung eine andere. Die Berufung der heute 58-jährigen Niedersächsin schien für beide Seiten eine große Chance. Die Christdemokratin wollte sich mit der Übernahme des Mammutressorts mit 250.000 Beschäftigten für noch höhere Aufgaben empfehlen. Und das militärische und zivile Personal stand der Neuen aufgeschlossen gegenüber, galt sie doch als Politikerin, deren Stimme im Kabinett gehört wird. Und eine durchsetzungsstarke Repräsentantin ihrer Interessen in der Regierung wünschte sich die Bundeswehr, die nach Ende des Kalten Krieges einem beispiellosen Schrumpfungprozess ausgesetzt war. Tatsächlich hat von der Leyen einiges bewegt. Mehr Geld für die Bundeswehr, mehr Personal, modernere Arbeitsbedingungen, soziale Verbesserungen, ein Weißbuch, Übernahme von größerer mi-

siert, der klar der Weisungslage widerspreche: „Um so etwas für die Zukunft von vornherein auszuschließen, habe ich entschieden, dass künftig keine Handwaffen zum Anfassen mehr präsentiert werden.“

Künftig sollen die Soldaten ihr Handwerkzeug vor den Bürgern verstecken. Damit ging von der Leyen radikal-fundamentalistischen Bundeswehrgegnern auf den Leim. Hätte sie sich die Zeit genommen, mit ihren Soldaten vor Ort zu reden, wäre nämlich eine andere Version zu erfahren gewesen. Danach waren es erwachsene Begleiter, die ihren Kindern die ungeladenen Waffen in die Hand gedrückt haben – und es waren Soldaten, die sie ihnen wieder weggenommen haben.

Ein kleiner Vorfall nur, gewiss. Aber in Stetten, so sagt es der örtliche Militärpfarrer Pascal Kober, habe die Ministerin „bei vielen Soldaten Unverständnis und Enttäuschung hervorgerufen. Sie empfinden das als fehlenden Rückhalt, haben den Eindruck, dass der Staat sich vor seinen Bürgern schämt, dass er eine Armee hat, die auch eine ist.“

Dieses Handlungsmuster zieht sich durch von der Leyens Amtszeit im Bendlerblock. Mal musterte sie im Alleingang das Sturmgewehr G36 aus, gegen den Rat der einsatzerfahrenen Soldaten. Mal versuchte sie, sämtlichen Mitarbeitern per Maulkorberlass den Kontakt zu Abgeordneten und Presse zu untersagen. Nach außen sicht-

Offiziell soll das in einem offenen Prozess geschehen, für den vier Workshops und die Einbeziehung externer Fachleute vorgesehen sind. Tatsächlich ist im finalen, noch vertraulichen Entwurf der neuen Konzeption der Bundeswehr bereits nachzulesen, wie das Ergebnis ausfallen wird: Traditionen sollen sich künftig aus der „über sechzigjährigen erfolgreichen Geschichte der Bundeswehr“ speisen. Nicht mal der Widerstand in der Wehrmacht ist dort noch erwähnt.

Es ist nicht zu erwarten, dass von der Leyen damit durchkommt. Wolfgang Hellmich (SPD), der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, sieht Anlass genug, in die Urlaubsplanungen der Ministerin einzugreifen: „Ich sehe die Notwendigkeit, in der Sommerpause eine Sondersitzung des Verteidigungsausschusses einzuberufen. Es gibt eine Fülle an Themen, über die das Parlament informiert werden muss.“ Als Anlass dienen Hellmich die erneuten Probleme der Abgeordneten, die Bundeswehrsoldaten in der Türkei zu besuchen. Aber er will auch wissen, warum die Ministerin dem Parlament Dokumente im Fall Franco A. verheimlichte. Und was genau in der Konzeption der Bundeswehr steht. Denn an einem neuen Traditionserlass, so der Sozialdemokrat, müsse der Bundestag beteiligt werden.

Es könnten also unruhige letzte Amtsmonate für die Ministerin werden. Womöglich werden es nämlich nicht alle Generale bei den Planungen für die leise Operation Zapfenstreich belassen. Vor ein paar Tagen wurde Generalinspekteur Volker Wieker im Deutschlandfunk gefragt, was er einem Generalskameraden empfehlen würde, der aufgefordert wird, sich öffentlich zu äußern. „Ich würde ihm raten“, sagte Wieker, „sich dann so zu äußern, wie er es für richtig hält.“

”

EIN GENERAL SOLLTE SICH SO ÄUSSERN, WIE ER ES FÜR RICHTIG HÄLT

VOLKER WIEKER, oberster Soldat der Bundeswehr